

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich in der Ausgabe am Montag, 2. April, drei Stunden, bei Postbestellung
Nr. 87 — 98. Jahrgang



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen
Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts
Nr. 87 — 98. Jahrgang

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen
Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts
Nr. 87 — 98. Jahrgang

Druckanschrift: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 14. April 1939

Nur immer Geschäft

Sie bleiben sich immer gleich, die demokratischen Menschheitsbeflüger. Wenn sie „Religion“ sagen, meinen sie „Kattun“. Heute sagen sie zwar meist etwas moderner „Humanität“, aber auch damit meinen sie nichts anderes als das Geschäft. So betonte kürzlich der britische Staatssekretär im Handelsministerium Hudson in Helsinki, wie menschenfreundlich doch das große England sei, weil es — man bedenke — Finnland von 1931 bis 1938 einen Ausfuhrüberschuß von insgesamt 60 bis 70 Millionen Pfund hätte zufließen lassen. „Welche andere Nation“, rief Herr Hudson aus, „hätte wohl einen solchen Zustand auf so lange Zeit ertragen können.“ Hudson meinte allerdings, daß das nun ein Ende haben müsse, und daß Finnland nun gefälligst auch etwas mehr von England kaufen solle. Er meinte also das Geschäft.

Aber nicht davon soll hier die Rede sein. Uns interessiert nur die Frage als solche. Gibt es wirklich keine andere Nation, die einen solchen auf die Dauer unerträglichen Zustand so lange auf sich genommen hätte? Herr Hudson scheint selbst daran zu glauben, daß nur Großbritannien so „großartig“ und „menschenfreundlich“ sei. Wir können ihm aber verraten, daß das arme, in der Sophistik reißlos ausgeplünderte Deutschland noch viel großzügiger und menschenfreundlicher war, und zwar ohne Hintergedanken. In derselben Zeit von 1931 bis 1938 hat nämlich Amerika im Handelsverkehre mit Deutschland einen Ausfuhrüberschuß von 1668,1 Millionen Mark erzielt, d. h. bei weitem mehr als das Doppelte des finnischen Ausfuhrüberschusses im finnisch-englischen Handelsverkehre, den Herr Hudson als einen Beweis englischer Großmütigkeit so sehr rühmt.

Koch interessanter wird das Bild, wenn wir die Betrachtung auf ganz Europa ausdehnen. Von 1915 bis 1938 haben die Vereinigten Staaten, das reichste Gläubigerland der Welt, das Land, das heute mit 36 Milliarden Mark Gold mehr als die Hälfte des gesamten Goldbestandes der Welt besitzt, rund 120 Milliarden Mark an Europa verdient.

Amerika hat dafür selbstverständlich Waren geliefert. Aber niemals hat es mehr „Waren“ geliefert als in der Zeit von 1915 bis 1919. In diesen fünf Jahren lieferte es für nicht weniger als 64,18 Mill. Goldmark an Europa. Was das für „Waren“ gewesen sind, können am besten die Feldgrauen des Weltkrieges erzählen: Waffen und Munition! Das war das größte Geschäft, das die USA jemals gemacht haben. Aber Wilson war ein Friedensapostel, und Roosevelt hat selbstverständlich nur die „Humanität“ und den „Weltfrieden“ im Auge!

Das große Geschäft ist es, was Amerikas Finanzjuben und Friedensfreunde und die der westlichen Demokratien begeistert in die Kriegstrompete gegen die autoritären Staaten stoßen läßt. Immer noch hofft man, durch das Geschrei von drohenden Angriffen die kleinen Völker Europas gewinnen zu können, damit sie bereit sind, für England und Amerika auf den Schlachtfeldern eines neuen Weltkrieges zu bluten. England und Amerika sind gern bereit, als Gegenleistung das große Geschäft zu machen. Man kann daher den kleineren Völkern Europas nur den Rat geben, sich einmal diese Ziffern der Handelsbilanz anzusehen, dann werden sie wissen, was sie von dem Gerede der großen Demokratien über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses gegen die Aggressionsstaaten im Interesse der „Humanität“ und der „Zivilisation“ zu halten haben. Es ist Geschäft, nicht als Geschäft!

Genfer Liga einseitig und unduldsam

Genf hat begründet den Austritt Ungarns aus der Genfer Liga. Außenminister Graf Ciano gab vor den außenpolitischen Ausschüssen des ungarischen Reichstages die Gründe bekannt, die Ungarn zum Austritt aus der Genfer Liga bestimmt haben. Graf Ciano gab zunächst ein umfassendes Bild über das bisherige Wirken dieser Liga, ihre Bestrebungen und Fehler, und sprach schließlich über das Verbot Ungarns zur Genfer Institution. Der Genfer Verein — sagte der Redner — und die darin wirkenden Strömungen standen mit den Zielen der ungarischen Außenpolitik in nicht zu vereinbarem Gegensatz. Die Liga habe ausschließlich der Aufrechterhaltung des durch die Pariser Vorortverträge geschaffenen Status quo gedient. Später sei sie Plattform für eine antisozialistische und antinationalistische Agitation geworden.

Die „Universalität“ der Liga sei von Anfang an illusorisch gewesen. Sie habe auch auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes völlig versagt. Die sogenannten Genfer gemischten Schiedsgerichte seien aus politischen Rücksichten stets labilisiert worden, sobald es sich um ungarische Interessen handelte. Als ein „der Genfer Ideologie nicht sympatisch“ Staat habe Ungarn in der Liga niemals die seiner kulturellen und politischen Bedeutung zukommende Rolle spielen können. Kurz, der Zusammenarbeit Ungarns mit Genf haben Hindernisse hauptsächlich politischer Natur im Wege gestanden.

Ein grundlegender Fehler der Liga liege auch gewesen, daß sie jede Evolution habe ausschließen wollen. Ungarn habe die Sanctionsklausel als undurchführbar immer abgelehnt. Als Mitglied der Liga hätte Ungarn aber zu ihrer Anwendung aufgefordert werden können, und es hätte damit seine eigenen Interessen und die seiner Freunde gefährdet. Ungarn, das immer auf die Erfüllung internationaler Verpflichtungen Gewicht legte, wäre also gegebenenfalls vor einem schweren Dilemma gestanden. Ich möchte betonen — so schloß Graf Ciano seine Ausführungen —, daß unser Austritt aus freien Stücken nach reiflicher Überlegung erfolgt ist, nicht weil wir andere Verpflichtungen übernommen haben oder übernehmen wollten, sondern einzig und

Chamberlain unterwirft sich Moskau

„Schutzangebote“, von denen die Länder nichts wissen wollen

In London begann die außerordentliche Tagung beider Häuser des Parlaments. Im Unterhaus hielt der englische Ministerpräsident Chamberlain seine angekündigte Rede, die entgegen der vorausgegangenen großen englischen Pressehefte nicht viel Neues brachte. Immerhin machte Chamberlain auch an Rumänien und Griechenland das Angebot, im Falle der Bedrohung die Unabhängigkeit zu sichern. Zu erwarten war, daß Chamberlain in seiner Rede den Willen zur engsten Zusammenarbeit mit Sowjetrußland zum Ausdruck brachte.

Der englische Ministerpräsident hat im Unterhaus die Ereignisse rund um die Besetzung von Albanien dargelegt und ist auf die diplomatischen Verhandlungen zwischen Rom und London eingegangen. Erst fast am Ende seiner Ausführungen erklärte Chamberlain wörtlich:

„Ich benutze diese Gelegenheit, um mitzuteilen, daß die Regierung die größte Bedeutung der Vermeidung von Störungen durch Gewalt oder Furcht vor Gewalt beizulegen des status quo im Mittelmeer und auf der Balkanhalbinsel beilegt. Aus diesem Grunde ist die britische Regierung zu den Schlußfolgerungen gekommen, daß im Falle einer Aktion, die die Unabhängigkeit Griechenlands und Rumaniens klar bedrohen würde, und für den Fall, daß die Regierungen Griechenlands und Rumaniens es für lebensnotwendig halten, einer solchen Aktion mit ihren Streitkräften Widerstand zu leisten, die Regierung Seiner Majestät des Königs sich gebunden fühlen wird, sofort der griechischen oder der rumänischen Regierung alle Unterstützung, die in ihrer Macht steht, zur Verfügung zu stellen. Diese Erklärung wird sofort an die direkt betroffenen Regierungen und an andere Mächte, insbesondere die Türkei, deren enge Beziehungen zur britischen Regierung gut bekannt sind, weitergeleitet werden.“

In seiner Rede hat Chamberlain weiter zum Ausdruck gebracht, daß er die Unterzeichnung des englisch-italienischen Abkommens vor einem Jahre immer noch für richtig halte. Auch angesichts der Ereignisse in Albanien sei er nicht der Ansicht, daß das englisch-italienische Abkommen für beendet erklärt werden solle. Hier teilte Chamberlain mit, daß Italien sich bereit erklärt habe, seine spanischen Freiwilligen nach Abhaltung der großen Siegesparade von General Franco in Madrid in die Heimat zurückzubefördern.

Engste Fühlung mit Moskau

Schließlich betonte der englische Ministerpräsident, daß die englische Regierung mit den Vertretern Sowjetrußlands die engste Fühlungnahme aufrechterhalte.

„Ein ganz großer Bluff“

Der „Deutsche Dienst“ zur Chamberlain-Erklärung

Chamberlains Unterhaus-Rede, die eine Sensation bringen sollte, kann nur als ein ganz großer Bluff, und zwar von der Art bezeichnet werden, wie wir ihn in den Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten in den letzten Monaten stets erlebt haben. Man kann behaupten, so schreibt der „Deutsche Dienst“, daß sie weder seine Freunde aufwiegen konnte und die Opposition beruhigt hat, noch bei den Unheimlichkeiten irgendeiner Einbräut gemacht hat. Es ist auch diesmal die übliche Methode, die Chamberlain stets angewendet hat. Nachdem die englische Presse auf höchster Befehl um Italien notwendigsten und wünschenswerten Schritt in Albanien Alarm geschlagen und ein hysterisches Kriegsgeschrei über „Angriffe“ und „Vergewaltigung des Schwächeren“ erhoben hat, stellt sich heute Chamberlain hin und gibt sich als Friedensengel aus. Seine Erklärung ist ein einziger Tränenergüß darüber, daß die Weltgeschichte fortsetze, ohne daß England für die Entwicklung bestimmend ist, und daß auch diesmal England nicht in der Lage war, die Entscheidungen im Mittelmeer zu beeinflussen.

Die ganze jüngste Entwicklung, in der England eine so traurig-bekanntliche Rolle spielte und die einen trübseligen Abschluss durch die Unterhausrede des Ministerpräsidenten gefunden hat, beweist erneut, daß England Panik und Kriegshysterie braucht, um schließlich aber als Friedensstifter aufzutreten, in Wirklichkeit aber als Leinwand für eine Reihe einzuhelfen, die ihm in ruhigen Zeiten völlig unerreichbar wäre. Wie anders kann man das able und gemischten Zusammenbruchs während der englischen Presse vor der englischen Politik verhindern, das darauf hinausläuft, den kleinen Staaten schwere Gefahren an den Horizont zu malen und sich ihnen als Retter und Beschützer anzubieten?

So ist gelinde gesagt, eine Unversenktheit, wenn England sich erdreißet, keinen zweifelhaften Schutz der griechischen Regie-

allein deshalb, um die freie Selbstbestimmung anderer Nationen in den kommenden kampfgefüllten Zeiten in möglichst starkem Maße zu sichern. Ungarns Austritt wird manchem Staat die Überlegung nahelegen, ob die politische Zusammenarbeit mit der Genfer Liga nicht zugleich auch schon eine einseitige Stellungnahme bedeutet.

zung anzubieten, die jedoch durch ihren herzlich gehaltenen Notenaustausch mit der italienischen Regierung bewirkt hat, daß sie sich nicht bedroht fühlt. Das gleiche gilt für das englische Überdienen in Rumänien, das mit dem Deutschen Reich jedoch die weitestgehenden auf gleichberechtigter Partnerchaft beruhenden wirtschaftlichen Abmachungen getroffen hat.

Auch die Türkei und Jugoslawien, die in freundschaftlichen Beziehungen zu den Unheimlichkeiten stehen, haben nicht den leisesten Wunsch geäußert, Garantien von England zu erhalten. Nurward diese englischen Geplogenheiten sind in Wirklichkeit eine Besnorndung der kleinen Staaten! Es ist nicht anzunehmen, daß die selbstbewußten und in ihrem Nationalgefühl so hohen Völker des Balkans von diesen englischen Reithoden erbaud und sich geschmeichelt fühlen!

Beleuchtet man sich Chamberlains Rede bei Licht, so bringt sie nichts Neues, sie zeigt lediglich, daß England nichts dazu gelernt hat. Wir werden uns wie diesmal also auch in Zukunft darauf gefaßt machen müssen, von London her governantenhafte Weisheit zu vernehmen und Schulmeisterliche Reden zu hören. Daß des französischen Ministerpräsidenten Daladier Erklärung der Chamberlains aufs Haar gleicht und dieselben verständnislosen Auffassungen vertritt, wird niemand in der Welt verwundern.

Die jungen Völker des Kontinents werden sich dadurch in ihrer Entwicklung nicht führen lassen. Sie halten sich an Realitäten und damit ist bei ihnen die Zukunft, mag England ruhig Politik im stilleren Raum machen und Ideologien und Phantasien nachjagen, ihm gehörte ja die Vergangenheit! Das mag ein Trost sein!

Eine verständnislose Erklärung

In der Rede Chamberlains mit ihrer Verständnislosigkeit eines alternden überfüllten Landes für das Ausfliegen der jungen Völker war selbstverständlich die bei englischen Staatsmännern übliche Bemerkung zu finden, daß die öffentliche Meinung der Welt durch „eine neuerliche Schaustellung der Gewaltanwendung schockiert“ worden sei. Im übrigen ist dem Premier ganz entsungen, daß sich Albanien einseitig für die Schiedsgerichtsgemeinschaft mit Italien ausgesprochen hat. Chamberlain meinte nämlich, daß die britische Regierung immer noch auf eine Mitteilung ihres Gesandten in Turin über die letzten Ereignisse in Albanien warte.

Chamberlain wandte sich sodann der Frage zu, ob das italienische Vorgehen in Albanien in Übereinstimmung mit dem englisch-italienischen Abkommen vom April letzten Jahres zu bringen sei, und schaute sich nicht, pharisäerhaft zu erklären, daß Italiens Vorgehen „Rechtsgründe verursache und die internationale Spannung verhöhe“.

Die britische Regierung sei zu der Schlußfolgerung gekommen, daß, falls eine Aktion ergriffen wird, die die Unabhängigkeit Griechenlands oder Rumaniens bedrohe und die von der griechischen oder rumänischen Regierung für so lebenswichtig gehalten wird, daß sie mit ihren Streitkräften Widerstand leisten, sich die britische Regierung verpflichtet fühle, der griechischen oder rumänischen Regierung mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht zu Hilfe zu eilen. Chamberlain teilte zu dieser nach dem Wukter der Garantie für Vollen gehaltenen Erklärung mit, daß er sie den betreffenden Regierungen sowie auch anderen Regierungen, insbesondere der türkischen, die enge Beziehungen zu der griechischen Regierung unterhalte, übermitteln werde.

Nach dieser neuen einseitigen Garantieerklärung an Länder, die sich nach den Erklärungen ihrer verantwortlichen Staatsmänner in keiner Weise bedroht fühlen, erklärte Chamberlain, er sei nicht der Ansicht, daß Großbritannien nunmehr erklären solle, daß das englisch-italienische Abkommen beendet sei. Als der Premier dann die Frage der italienischen Freimilizen in Spanien freiließ, wurde er durch Rufe der Opposition unterbrochen: „Wie steht es mit Sowjetrußland?“ und „Behandeln Sie Sowjetrußland!“

Auf diese Forderung der Opposition bereitwillig eingehend, erklärte Chamberlain, wenn er Sowjetrußland nicht erwähnt habe, so bedeute das nicht, daß Großbritannien nicht in enger Fühlung mit dem Vertreter dieses Landes stehe. (1)

Im Schlußteil seiner Rede kam Chamberlain nochmals auf das englisch-italienische Abkommen zurück und verlangte dabei in anmahnender Weise von der italienischen Regierung „praktische Beweise“ für den Wunsch auf Erfüllung des Abkommens. Deutlich trat dann die Mißstimmung Englands über die ohne seinen „Erzgen“ erfolgte Neuordnung an der Adria zutage, als Chamberlain über den unerträglichen Zustand der Dinge jammerte, wenn die Welt künftig eine Reihe wiederkehrender Kriege durchleben müsse. (Ausschließlich England ist es, das sich in seiner angemaßten Rolle als „Weltpolizist“ immer wieder „alarmiert“ fühlt.) Der britische Premierminister gab schließlich zu verstehen, daß England entschlossen sei, seine „Rolle“ (eines Weltpolizisten) weiter zu spielen, indem es sich an die Seite derjenigen stelle, die von einer „Aggression“ bedroht seien.

Bemerkenswertes Eingeständnis Halifax

Im Oberhaus gab Lord Halifax eine Erklärung ab, in der er sich die kurzschäftigen und einander widersprechenden Argumente Chamberlains zu eigen macht.

Lord Halifax berichtet in diesem Zusammenhang über Unterredungen mit dem italienischen Gesandten in London, Crolla, in deren Verlauf Crolla mit unheimlichbedrückender Deutlichkeit zu verstehen gab, daß Rom ein vitaler strategischer Punkt für Italien sei und die italienische Regierung keinem anderen als Griechenland die Forderung der Insel gestatten könne.

Bei aller Einseitigkeit der politischen Auffassung bequemt Lord Halifax sich in seiner Erklärung doch zu einem Eingeständnis, mit dem er der englischen Politik im Grunde angenommen jede Berechtigung zu einer Kritik an den Vorgängen in Albanien abtritt.